

Stoppt den Krieg in Nahost Waffenstillstand jetzt!

Um die Hamas zu „vernichten“, greift das israelische Militär seit dem 7. Oktober 2023 ohne Rücksicht auf die zivile Bevölkerung Gaza an. Die Folge ist eine humanitäre Katastrophe. Die Infrastruktur ist schon jetzt fast komplett zerstört. Über zwei Millionen Menschen befinden sich in Geiselschaft.

Die Zahl der im Gazastreifen durch die israelische Armee getöteten palästinensischen Menschen ist auf über 29.000 gestiegen. Über 68.000 sind verwundet, 1,9 Millionen der 2,1 Millionen Bewohner:innen sind auf der Flucht. Das ist ein trauriger Rekord.

Dem menschenverachtenden Überfall von Hamas und Islamischer Dschihad auf Israel am 7. Oktober 2023 fielen mehr als 1.100 dort lebende Menschen zum Opfer, über 200 wurden als Geiseln genommen. Dieses verheerende Massaker nutzt die rechtsextreme israelische Regierung für die brutale Zerstörung des Gazastreifens aus.

Israels blutiger Gegenschlag

Die Hamas kalkulierte den militärischen Gegenschlag Israels bewusst mit ein. Sie nahm so eine große Zahl von weiteren Opfern in Gaza in Kauf.

Diese Barbarei darf nicht als „Kollateralschaden“ des berechtigten palästinensischen Widerstands relativiert werden. Sie ist durch nichts zu rechtfertigen.

Das von Israel beanspruchte Recht, sich gegen die am 7. Oktober verübten Gräueltaten zu verteidigen, ist längst von dem Unrecht des mörderischen Rachefeldzugs gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza über-

lagert worden. Auch dafür gibt es keine Rechtfertigung.

Dieser Krieg muss gestoppt werden. Um die humanitäre Katastrophe zu stoppen, ist ein sofortiger Waffenstillstand und die Freilassung der Geiseln notwendig. Die anhaltende Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in den restlichen Palästinensergebieten durch die israelische Siedlungspolitik muss ebenfalls sofort beendet werden.

Menschenrechte statt „Staatsräson“

Menschenrechte sind unteilbar. Sie gelten weltweit für alle Menschen – israelische wie palästinensische. Unsere Solidarität und Anteilnahme gelten daher allen Opfern und deren Angehörigen in Israel wie in Gaza.

Die von der Ampelregierung zur „Staatsräson“ erklärte uneingeschränkte Solidarität mit Israel und dessen rechtsextremer Regierung ist genauso falsch wie die von anderen propagierte Solidarität mit der reaktionären Hamas. Beides beendet nicht den Horror im Nahen Osten, sondern führt zu weiterem Blutvergießen.

Die Politik der deutschen Regierung verstößt gegen Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes. Dieser fordert die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage

jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt ein.

Die politische Führungsriege Deutschlands kriminalisiert die Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung als „Terrorunterstützung“ und diffamiert jegliche Kritik an Israel und dessen Kriegsführung als „antisemitisch“. Die damit verbundenen Angriffe auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit stellen eine massive Einschränkung demokratischer Grundrechte dar.

Gegen Rassismus und Antisemitismus

Wir bekämpfen jede Form von Rassismus und Antisemitismus. Wir verurteilen jede Einschüchterung und jegliche Gewalt gegen jüdische oder arabische Menschen und Einrichtungen. Der Krieg im Nahen Osten rechtfertigt weder Hass und Angriffe auf jüdische Menschen noch auf arabische Menschen.

Unsere Gegner sind faschistische und fundamentalistische Parteien und Organisationen, die ähnliche menschenverachtende und demokratiefeindliche Ziele verfolgen.

Verstärkt benützt auch die „bürgerliche Mitte“ rassistische Parolen. Sie stellt arabische Menschen und Fliehende unter einen Generalverdacht, um eine weitere Aushebelung des Asylrechts zu begründen und durchzusetzen. Vor allem aber beschleunigt dies den Rechtsruck und verstärkt autoritäre, rassistische und antisemitische Tendenzen.

Für Frieden und Solidarität

Langfristig gibt es zur Lösung des historisch bedingten Nahost-Konflikts nur eine Perspek-

tive. Es müssen für alle in Israel und in Palästina lebenden Personen die politischen und sozialen Menschenrechte wirksam durchgesetzt werden. Nur so kann das friedliche Zusammenleben aller in der Region gelingen.

Dazu bedarf es eines staatlichen Überbaus in Form einer nichtreligiösen, binationalen demokratischen und sozialen Republik, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Und es bedarf einer wirtschaftlichen Basis, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und dem Schutz der Umwelt beruht.

Der Weg dorthin ist sehr steinig. Aber wir sollten bereit sein, alle zu unterstützen, die jetzt schon in diese Richtung gehen. Deshalb stehen wir an der Seite aller Kräfte in Israel und Palästina, die die scheinbar ausweg- und endlose Spirale von Hass und Gewalt durchbrechen wollen.

Diese Utopie scheint weiter entfernt zu sein denn je, aber es gibt dazu keine bessere Alternative.

Wir fordern:

- Stoppt den Krieg im Gazastreifen
- Sofortiger Waffenstillstand und Freilassung der Geiseln
- Uneingeschränkte humanitäre Hilfe für alle Opfer
- Stopp der israelischen Siedlungspolitik
- Keine deutschen Waffen an Israel
- Stopp der deutschen Kooperation mit den Unterstützerstaaten der Hamas
- Gleiche Rechte für alle in Israel und Palästina lebenden Menschen



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de
www.facebook.com/iso.4.rn
www.instagram.com/isorheinneckar

